

Antrag

**der Abgeordneten André Trepoll, Stephan Gamm, Birgit Stöver,
Thomas Kreuzmann, Karl-Heinz Warnholz (CDU) und Fraktion**

Betr.: Keine langen Warteschlangen vor Hamburgs Recyclinghöfen: Öffnungszeiten an Samstagen verlängern

Die Recyclinghöfe der Stadtreinigung Hamburg (SRH) sind Abgabestellen für Sperrmüll, Grünabfälle, Wertstoffe und Problemstoffe. Von den Hamburgern wird diese Möglichkeit der Entsorgung gern in Anspruch genommen. Da ein Großteil der Hamburger montags bis freitags bis zum späten Nachmittag arbeitet und erst am Samstagvormittag zur Gartenarbeit oder Renovierung kommt, eignet sich daher der Samstagnachmittag besonders für einen Besuch eines Recyclinghofes. Während die Öffnungszeiten unter der Woche zwischen 8 und 17 beziehungsweise 19 Uhr liegen, sind an Samstagen jedoch alle zwölf Recyclinghöfe lediglich zwischen 8 und 14 Uhr geöffnet.

Die durchschnittlichen Kundennutzungszahlen zeigen deutlich, dass die Dienste der Recyclinghöfe an Samstagen im Verhältnis häufiger in Anspruch genommen werden. Im Vergleich fallen die Nutzungszahlen eines Wochentages (zwischen Montag und Freitag), trotz deutlich längerer Öffnungszeiten, nur geringfügig höher aus. Am Standort Volksdorfer Weg 196, einem der meist frequentierten Recyclinghöfe Hamburgs, kommt es laut Stadtreinigung mit einer durchschnittlichen Anzahl von 799 Kunden an einem Wochentag (Montag – Freitag) gegenüber 836 sogar zu einer höheren Nutzung an Samstagen (vergleiche Drs. 21/16764).

Die CDU-Fraktion fordert hiermit eine Verlängerung der Samstags-Öffnungszeiten aller Hamburger Recyclinghöfe um vier Stunden, sodass die Hamburger die Dienste samstags zukünftig von 8 bis 18 Uhr in Anspruch nehmen können. Aufgrund des vermehrten Aufkommens von Gartenabfällen im Sommerhalbjahr sollte die Umstellung schnellstmöglich erfolgen.

Die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Senat wird ersucht,

1. ab dem 1. Juni 2019 die Öffnungszeiten aller Hamburger Recyclinghöfe an Samstagen von 8 – 14 Uhr auf 8 – 18 Uhr auszuweiten;
2. die dafür notwendigen Mittel, insbesondere für zusätzliche Personalkosten, für 2019 zur Verfügung zu stellen;
3. der Hamburgischen Bürgerschaft schnellstmöglich zu berichten.